

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	2/2022
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	08.02.2022
Zeit:	19:00 Uhr – 21:20 Uhr
Ort:	Aula Schulzentrum, Alter Postweg 10
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchtermann und Weber; Stadträte Katzenstein und Konrad</p> <p><u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert, Oppelt und von Reumont, Stadträte Schendzielorz und Wagner</p> <p><u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p>

weiter anwesend: Frau Rutsch (FB 5)
Im Rahmen der gemeinsamen Sitzung waren sowohl Bürgermeister Eric Grabenbauer, Wiesenbach, sowie die Wiesenbacher Gemeinderäte während der gesamten Sitzung anwesend. Im Sinne der Transparenz wurde die Beratung der TOPs mit den Redebeiträgen der Neckar-gemünder bzw. Wiesenbacher Räte gemeinsam durchgeführt. Die Beschlüsse wurden jeweils getrennt nach Gremien gefasst.

Mitglieder entschuldigt:	Stadträte Bernauer und Hornung, Stadträtin Dr. Welter
Urkundspersonen:	Stadträtin Weber, Stadtrat Hertel
Sachvortrag:	Herr Kolbe (KliBA)
Schriftführerin:	Frau Polte

Bürgermeister Frank Volk begrüßt als Hausherr die Gemeinderäte von Neckargemünd und Wiesenbach, den Klimaschutzbeirat sowie die Öffentlichkeit zur ersten gemeinsamen Sitzung der Gemeinderäte Neckargemünd und Wiesenbach, die ganz im Zeichen des Klimaschutzes steht. Nachdem die Gemeinden Bammental und Gaiberg ab 2022 die Aufgaben des Klimaschutzmanagements nicht mehr über den GVV wahrnehmen, soll mit der heutigen öffentlichen Sitzung die Einigkeit der Nachbarkommunen Wiesenbach und Neckargemünd in der Thematik zum Ausdruck gebracht, sowie Beschlüsse zum weiteren gemeinsamen Vorgehen im Klimaschutz getroffen werden.

BM Volk eröffnet die Sitzung für seinen Gemeinderat und ruft den TOP 1 auf. Er übergibt zur Eröffnung an den Wiesenbacher Bürgermeister Eric Grabenbauer. Dieser ruft ebenfalls den TOP 1 auf.

1: **Fortschreibung der Kooperationsvereinbarung Klimaschutz zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Neckargemünd**

1.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Bürgermeister Grabenbauer stellt den beiden Gemeinderäten den gleichlautenden TOP 1 zur Fortschreibung der Kooperationsvereinbarung Klimaschutz und die unterstützende Erklärung zum Klimaschutzpakt vor. Die Stadt Neckargemünd und die Gemeinde Wiesenbach seien sich ihrer Verantwortung in Bezug auf den Klimaschutz seit langem bewusst und hätten 2013 die Kooperationsvereinbarung Klimaschutz mit dem Rhein-Neckar-Kreis unterschrieben und die darin enthaltenen Leistungen übernommen. Dabei sei es um die Bereitstellung von Daten für die CO2-Bilanz gegangen, aber auch das Erstellen eines Klimaschutzkonzepts bis zum Jahre 2020. Mit der jeweiligen Beschlussfassung der Konzepte in den Gemeinderäten 2013 (Ngd.) und 2017 (Wb.) ging auch der Auftrag an die Verwaltungen, die Konzepte und die darin enthaltenen Maßnahmen sukzessive umzusetzen. Den Vorlagen sei zu entnehmen, dass Klimaschutz schon vor den Konzepten eine wichtige Entscheidungsgrundlage in den Gremien war und zahlreiche Baumaßnahmen unter energetischen Gesichtspunkten durchgeführt wurden. Auch die Themen Mobilität mit ÖPNV, verbesserter Radinfrastruktur, Jobticket, JobRad, Elektromobilität werden ständig weiterentwickelt. Öffentlichkeitsarbeit, kostenlose Energieberatungen, Energiekarawannen und Informationsveranstaltungen werden angeboten.

Bei der Fortschreibung der Kooperationsvereinbarung, welche bereits vom Kreistag des RNK beschlossen wurde, sollen die Kommunen nun weitergehende Leistungen übernehmen:

- 1.1 Die **Umsetzung der Maßnahmen aus den Klimaschutzkonzepten** ist in beiden Kommunen, wie bereits ausgeführt, in der ständigen Abarbeitung. Dies im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bis 2040 umzusetzen ist eine Herausforderung, der sich beide Gemeinden mit der Vereinbarung stellen wollen.

- 1.2 Um die Maßnahmen künftig noch besser zu koordinieren und die Erfolge zu messen, schlagen die Verwaltungen beider Gemeinden unter TOP 2 die Teilnahme am **European Energy Award** vor.
2. Die notwendigen **Daten** für die Fortschreibung der CO₂-Bilanzen werden dem Landkreis zur Verfügung gestellt.
3. Der **Aufbau eines Energiemanagements** für die kommunalen Liegenschaften bis 2030 ist zwischenzeitlich gesetzlich verankert und steht bei beiden Verwaltungen auf der diesjährigen Agenda.
4. Eine **weitgehend klimaneutrale Kommunalverwaltung bis 2040** sollte das gemeinsame Ziel sein. Die Bereiche für die Kernbilanz nach Vorgaben des Landes in Bezug auf die Energieverbräuche der Liegenschaften, Straßenbeleuchtung, Wasserver- und -entsorgung und des Fuhrparks sind in beiden Kommunen präsent und werden Jahr für Jahr bearbeitet. Gerne nehmen die beiden Kommunen die Begleitung und Unterstützung des Kreises auf dem Weg zur klimaneutralen Verwaltung in Anspruch.
5. Eine Teilnahme an einer gemeinsamen Kampagne „Klimaschutzoffensive Rhein-Neckar-Kreis“ verbessert die **Öffentlichkeitsarbeit** und wir erhoffen uns davon, dass Klimaschutz noch stärker in das Bewusstsein der Einwohnerinnen und Einwohner rückt.
6. Die Teilnahme an den **Netzwerktreffen** ist für uns eine Selbstverständlichkeit, um bereits gelungene und passende Projekte auch in unseren Gemeinden zu übertragen und gemeinsame Projekte gemeindeübergreifend oder kreisweit zu entwickeln.
7. Eine Prüfung aller kommunalen Dach- und Freiflächen für mögliche **PV-Projekte** ist in unseren beiden Kommunen bereits erfolgt. Nun geht es in die weitere Umsetzung. In unseren Gemeinden sind in diesem Jahr einige Projekte geplant. Regenerative Energieerzeugung ist ein sehr wichtiges Thema, die öffentlichen Dachflächen aber begrenzt. Sie konnten in der Presse lesen, dass sich mit der gemeinsamen PV-Initiative der jährliche Zubau in den GVV-Gemeinden verdoppelt hat. Auch wenn sich das Thema im privaten Sektor zu verselbständigen scheint, sollten wir mit der Öffentlichkeitsarbeit dazu nicht nachlassen, denn die PV-Potentiale auf den geeigneten Dachflächen sind in Baden-Württemberg noch zu 90% ungenutzt (Stand 12/2020 Energieatlas BW). Und gleichzeitig hören wir, dass es zu Lieferengpässen bei Modulen, Wechselrichtern und Batteriespeichern kommt und Energieversorger sowie Elektro- und Bauhandwerk mit der Bearbeitung und Ausführung der Aufträge nicht nachkommen.
8. Die Prüfung klimafreundlicher **Wärmeversorgung** wird in zukünftigen Bauleitplänen eingehend geprüft. Eine kommunale Wärmeplanung für die bestehende Bebauung ist derzeit für große Kreisstädte und Stadtkreise bis 31.12.2023 verpflichtend. Wir kleineren Kommunen sollten nach Auffassung von Bürgermeister Grabenbauer damit abwarten, um aus den Erfahrungen der „Pflicht-Städte“ zu lernen.
9. Und die Benennung eines **Ansprechpartners** für Klimaschutz ist obligatorisch.

Alles in allem befinden sich beide Gemeinden auf einem guten Weg, um die ambitionierten Leistungen aus der Kooperationsvereinbarung Klimaschutz mit dem Kreis auch in Zukunft erfüllen zu können. Auch wenn der bundes- und landespolitische Wunschcatalog bei vielen unterschiedlichen Themen viel Raum, Zeit – sprich Personal und hohe finanzielle Mittel bei der kommunalen Familie in Anspruch nimmt, sehen beide Gemeinden es als gesamtpolitische Aufgabe, den Klimaschutz priorisiert zu betrachten; mit dem Ziel einer weitgehend klimaneutralen Verwaltung bis 2040.

Bei der Kooperationsvereinbarung handelt es sich um ein **kreisweit abgestimmtes Papier mit Mindestforderungen**. Sollten einzelne Kommunen schneller ans Ziel kommen wollen, so muss der jeweilige Gemeinderat mehr Personal und Finanzen für den Klimaschutz bereitstellen. Dies soll aber nicht heute Thema bei der gemeinsamen Sitzung sein, sondern den jeweils eigenen gemeinderätlichen Beratungen und Beschlüssen vorbehalten bleiben.

Entsprechend den genannten Ausführungen schlagen die Verwaltungen den beiden Gremien heute vor, der Kooperationsvereinbarung Klimaschutz mit dem Rhein-Neckar-Kreis und den genannten Zielen 2030 und 2040, aber auch der unterstützenden Erklärung zum Klimaschutzpakt des Landes Baden-Württemberg, zuzustimmen.

1.2: Beratung:

Stadtrat Katzenstein hält die in der Folge ins Protokoll aufgenommene Rede zum Klimaschutz in Bund, Land, Kreis und in den beiden Kommunen:

*„Sg Herr BM Grabenbauer, liebe Wiesenbacher:innen!
Sg H BM Volk, liebe Kolleg:innen,*

*Was für eine **besondere Sitzung!***

*Es ist **schön**, dass wir uns **heute nur und ausführlich** mit dem Thema **Klimaschutz** beschäftigen. Wir beraten über die **Kooperationsvereinbarung** Klimaschutz des RNK und über die Teilnahme am European Energy Award – einem Monitoringsystem für den Klimaschutz. Vielen **Dank an die Verwaltung**, dass wir das Thema heute beraten! Und das sogar **zusammen** mit den Kolleg:innen aus **Wiesebach!** Da geht die Kooperation direkt los. Auch von uns **Grünen: Herzlich willkommen** und danke dass Ihr dabei seid.*

***Schön und gut** ist es auch, dass wir **einen Klimaschutzbeirat haben!** Seine Mitglieder **beraten** uns und die Verwaltung nun schon einige Jahre mit ihrer Expertise, er wird z.B. bei wichtigen Bauvorhaben **beteiligt** und gehört und **macht konkrete und konstruktive Vorschläge**. Bei fast jeder GR-Sitzung nehmen sich Mitglieder des Beirats die Zeit und sind im Zuhörer:innenraum dabei.*

***Bizarrr** ist es daher, dass **ausgerechnet** bei dieser **reinen Klimaschutz-Sitzung** der **Ksbr nicht im Vorfeld beteiligt wurde und nicht um eine Stellungnahme gebeten wurde!** Erst auf eigenes Nachfragen wurden ihm die Unterlagen zugesendet! Wie kann das bitte passieren, dafür fehlt uns Grünen jegliches Verständnis!*

Zum eigentlichen Thema:

*Ich bin seit gut einem Jahr Opa, meine **Enkelin Lili** ist jetzt 1 ¼ Jahr alt. Einige von uns haben schon Enkel oder andere von uns Kinder in dem Alter. Uns eint sicherlich der **Willen**, dass es den **Kleinen später gut geht**, vielleicht sogar noch besser als uns. Aber wir haben dafür derzeit **drei große Krisen** zu bewältigen. Die **Corona-Krise**, die **Klimakrise** und das **Artensterben**. Corona wird hoffentlich nur noch Monate oder wenige Jahre ein Thema sein und über das Artensterben sollten wir uns hier auch noch mal unterhalten – wann anders.*

Heute geht es um die Klimakrise.

Große Krisen können nur **gemeinsam bewältigt** werden. Durch eine gemeinsame Anstrengung aller Akteure, also durch Zusammenarbeit, **durch Kooperation**. Natürlich muss bei diesen Klimaschutz-Kooperationen auch was bei rumkommen, sie müssen zu **überprüfbareren Erfolgen** führen und sie müssen **mess- und erreichbare Ziele** enthalten. Und zwar für jeden einzelnen relevanten **Sektor**. Und die Daten müssen regelmäßig, also **jährlich evaluiert** werden, damit die **Akteure**, also auch wir in Ngd und Wb, **ggf. nachsteuern** können.

Na, dann schauen wir doch mal, wo wir stehen:

Noch vor gut zwei Jahren war das **Klima das gesellschaftliche** Thema. **Fridays-4-future mobilisierte** wöchentlich zehner- oder manchmal sogar hunderttausende Menschen – nicht nur junge. Es war **gesellschaftlicher Konsens**, dass wir mehr tun müssen. Und dann **kam Corona**.

=> Die Existenz der Viruspandemie bedeutet nicht, dass wir uns um das Klima nicht mehr kümmern müssen.

BundesMIN Robert **Habeck** hat vor vier Wochen die **Eröffnungsbilanz Klimaschutz** vorgelegt. Sie **zeigt** ehrlich und schonungslos auf, **wo Deutschland** bei den einzelnen Handlungsfeldern **steht**. Das gilt sowohl für die **Klimaziele** in den **verschiedenen Sektoren** als auch für den **Ausbau** der **erneuerbaren** Energien und den **Netzausbau**. Die Eröffnungsbilanz zeigt, wie sehr der Klimaschutz in Deutschland inzwischen hinter den Erwartungen, vor allem aber auch **hinter definierten Zwischenzielen zurückbleibt**. So hat Habeck feststellen müssen, dass wir die **Ziele für 2022 und 2023 höchstwahrscheinlich nicht erreichen** werden. Zur Erinnerung, **die Ziele für Deutschland**, also **auch für uns in Neckargemünd, Wiesenbach und im Kreis** lauten: **Bis 2045 klimaneutral**. Spätestens 2045! **Bis 2030**, was de facto morgen ist, **65 % weniger** Treibhausgasemiss. ggü. 1990. **Erreicht** wurden bisher in gut 30 Jahren - **40 %**, **erhebliche Sondereffekte** wie die Abwicklung der Industrie in der ehemaligen DDR sowie Corona-bedingte Emissionsminderungen eingerechnet. Jetzt **bleiben** uns für eine Minderung von weiteren **25 % gerade noch 9 Jahre**. Die **Reduktionskurve muss also viel steiler** werden.

Und wo stehen wir hier in Neckargemünd oder im RNK? Wenn wir ehrlich sind: **Wir wissen es nicht!** Wir wissen es **schlicht nicht!** Ich habe gestern nochmal nachgeschaut, auf der **Website** des RNK und der **KliBA**, wo dem laut der heute zu verlängernden Kooperationsvereinbarung **auch unsere Daten** abrufbar sind. Die **aktuellsten** Daten stammen von **2017. 17!** Die **THG-Emissionen pro Kopf** waren nach diesen Daten 2017 sogar höher als 2010: **7,5 t/Ew a statt 7,0 t/Ew a**. Uups.

Nun gut. **Schauen wir nach vorne.**

Was enthält denn diese neue Kooperationsvereinbarung des RNK?

In **§ 1** stehen die **Ziele**: „**Verringerung der klimaschädlichen Emissionen.**“

Aha. Um **wieviel** oder auf **welchen Wert?** Und **bis wann?** Und **welche Zwischenziele** gibt es? Sorry, das Ziel ist **wachsweich** und **unkonkret**, das ist **kein Leuchtturm der uns leiten würde, sondern eine Nebelkerze!**

Ausbau erneuerbarer Energien und Verringerung fossiler Energieversorgung.

Schön! Die **nächste Nebelkerze.**

Vorbildfunktion der öffentlichen Hand! Richtig und gut, das ist **halbwegs konkret**. Das können wir schaffen. **Vorbilder** stehen **ganz vorne** beim Klimaschutz. Laut den erwähnten Daten von 2017 – neuere haben wir ja nicht! – liegen der **RNK** und die **Stadt Neckargemünd** bei den jährlichen Pro-Kopf-Emissionen mit **6,5 bzw. 7,5 t** weit hinter dem Bundesdurchschnitt von 5,4 t. **Bis zum Vorbild** ist noch ein **weiter Weg**. **Gemeinsamer Weg zur weitgehend klimaneutralen Verwaltung 2040**. OK, da steht immerhin eine konkrete Jahreszahl. Aber. 2040? **Viel zu spät** – wenn wir Vorbild sein wollen. Das Land **Baden-Württemberg** hat sich das Ziel gesetzt bis **2040 netto-klimaneutral** zu sein. Das Land! Die **Landesverwaltung** soll sogar **bis 2030 klimaneutral** sein! Das ist mal ein ambitioniertes Ziel! Und bei uns steht zudem noch das große Schlupfloch „weitgehend“ im Ziel. Was genau heißt das? Zu 50,1 %? Und dann kommt noch der **Zusatz**, dass diese **wachsweißen, wagen Ziele** „im Rahmen der Möglichkeiten“ gefördert und umgesetzt werden sollen. **Leute, uns rennt die Zeit davon**. Diese Jahre sind die letzten um das Ruder noch her-umzureißen. Das hat auch das **BVerfG** in seinem **Klimaschutz-Urteil** im letzten Jahr erkannt!

Es hat die **BReg** dazu **verdonnert**, mehr für den Klimaschutz zu tun. Und zwar mit dem äußerst **bemerkenswerten Argument**, dass **wir** als die jetzt verantwortlichen Akteure die **Freiheit der Jugend und Kinder** beschränken. Nämlich die **Freiheit, das Zusammenleben frei gestalten** zu können, also sich so wichtige Dinge wie Musikschulen, Freibäder, Kultur, heile Straßen noch leisten zu können. Denn: „Die Vorschriften verschieben hohe Emissionsminderungslasten unumkehrbar auf Zeiträume nach 2030.“ Und „Von diesen künftigen Emissionsminderungspflichten ist praktisch jegliche Freiheit potenziell betroffen, weil noch nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens mit der Emission von Treibhausgasen verbunden und damit nach 2030 von drastischen Einschränkungen bedroht sind.“ Das **Gericht** hat also an **Lili**, meine Enkelin gedacht. Und an **eure** Enkel:innen und Kinder.

Zurück zur Kooperationsvereinbarung

Die enthält in **§ 4** auch **Vereinbarungen** für die **Stadt**. Zum **Beispiel**:

Gut ist z.B. der **Aufbau des Energiemanagements** für die Kommune. Kommt aber etwas **spät**. Ich habe vor knapp 30 Jahren bei einem Umweltinstitut in München ein **Praktikum** gemacht. Ich habe wöchentlich die Energieverbräuche der betreuten Gebäude erfasst. Wöchentlich. Vor rund 30 Jahren.

„Prüfung der kommunalen Dach- und Freiflächen für mögliche PV-Projekte.“

Hmm. Liebe Kolleg:innen, wir haben **2012**, also **vor** (knapp) **zehn** Jahren hier in der Stadt ein **großartiges Solardachkataster** eingeführt. Da konnte jede und jeder sofort sehen, welche Dachfläche bzgl. der Einstrahlung geeignet ist, auf **kleinster Skala** unter Berücksichtigung des täglichen und des jahreszeitlichen **Sonnenstandes**.

Das **Potential** lag damals bei einem **Viertel aller Dachflächen**, der potentielle Ertrag betrug 20,5 MWh. Heutige PV-Module sind deutlich effizienter, da Potential ist nochmal gestiegen. **Hätten** wir das genaue Kataster **noch** bräuchten wir nur noch die Statik prüfen und könnten loslegen. **Aktuell** verfügt Neckargemünd übrigens über lediglich **308 PV-Anlagen** mit gerade einmal 2608 kW Peak Leistung. Viele dieser Anlagen sind bereits relativ alt. Der **Zubau** ist in den letzten Jahren nur **noch schleppend** vorangekommen.

➔ **Wir können das besser! Wir müssen aber einfach mehr machen statt weiterhin zu prüfen!**

„Prüfung klimafreundliche Wärmeversorgung“

Reicht das? Nein! Wir brauchen für die ganze Stadt umgehend eine kommunale **Wärmeplanung!** Das **Land fördert** diese zu **80 %!** Inklusive der Beauftragung eines Fachbüros, der Bürger:innenbeteiligung und der Dokumentation. 80 % Förderung, das gibt es fast nirgendwo sonst! Und dann muss es an die Umsetzung gehen, wir müssen die Bürger:innen mitnehmen. Dass die vereinbarte **Erfassung der Emissionsdaten** der Kommunen des RNK auf der KliBA-Seite uns in Neckargemünd **eher wenig nützt** sagte ich schon, denn die **hinken ihrer Zeit hoffnungslos hinterher.**

So, was will der Katzenstein, was wollen die Grünen eigentlich?

Hier in Neckargemünd geht es ja auch voran! Unbestritten! So findet in wenigen Wochen die **gemeinsame Klausur von Verwaltung, Ksbr und GR-Mitgliedern** statt. Dort wird das überarbeitete **KS-Leitbild besprochen.** Ich bin zuversichtlich, dass darin **konkrete, messbare und erreichbare Ziele** für die Stadt formuliert werden. Und dann sollten wir noch in diesem Jahr die **Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes**, also des „Handbuches“ für uns und die Verwaltung **ausschreiben**, das bestehende ist in die Jahre gekommen. Da die Erarbeitung einige Monate brauchen wird, wird das Konzept erst im nächsten Jahr haushaltsrelevant. Aber wir dürfen nicht noch mehr Zeit verlieren! **Wir** werden also hoffentlich **deutlich ambitionierter sein**, als es in der **Kooperationsvereinbarung** steht.

Wenn wir die unterschreiben, bedeutet das aber auch: Wir sind mit den **Zielen, dem Vorgehen einverstanden!** Wir würden bestätigen, dass uns die **wage Formulierung „Verringerung von klimaschädlichen Emissionen“** ausreicht.

Das tut sie aber nicht. Wie auch die anderen darin enthaltenen Vereinbarungen.

➔ Aus diesem Grund lehnt die Grüne Fraktion die Kooperationsvereinbarung ab.

Wir können nämlich mehr. Wir können uns mit diesen in der Kooperationsvereinbarung formulierten Zielen nicht zufrieden geben. Vor 10 Jahren vielleicht, ja, aber nicht mehr heute. **Das, was hier in der Vereinbarung steht, darf uns jetzt und hier nicht reichen.**

➔ Der Unterzeichnung der „Unterstützenden Erklärung zum Klimaschutzpakt des Landes“ stimmen wir gerne zu.

Mich treibt immer wieder um, **was Lili wohl in 15-20 Jahren** zu mir sagt. **Was sie mich fragt.** Ja, wir **können** beim Klimaschutz **scheitern.** Aber ich will es wenigstens mit **aller Kraft versucht haben.** Ich will meiner **Enkelin** als alter Mann **in die Augen blicken** und **ehrlich** sagen können, **ich – nein wir! – haben alles getan, was möglich war.** Wir haben kein Wissens- oder Gesprächsdefizit! Wir haben ein **Handlungsdefizit.** **Wir können das schaffen. Einfach machen! Vielen Dank.“**

Stadtrat Rehberger kann persönlich nicht verstehen, dass die Grünen den Kooperationsvertrag ablehnen wollen. Er sieht die Kooperationsvereinbarung als Rahmen. Wenn man mehr machen wolle, liege das in der Verantwortung jedes einzelnen gemeinderates mit Verwaltung und Bürgermeister. Ein solcher Vertrag sei bei einer kreisweiten Kooperation zumeist der kleinste gemeinsame Nenner. Er dankt dem Klimaschutzbeirat für seine überaus kompetente Mitarbeit. Wenn man diesen zu allen

Themen, die den Klimaschutz betreffen, einbeziehe, komme man auf dem richtigen Weg.

Zum eea: die Freien Wähler begrüßen den Beitritt sehr. Man habe mit der Schaffung einer Energiemanagement-Stelle den richtigen Weg beschritten. Ganz wichtig sei, dass das Monitoring zeitnah kommen müsse, dass daraus Konsequenzen erfolgen und es in die Umsetzung geht.

Stadträtin von Reumont skizziert den eea-Zyklus als elementares Instrument eines dauerhaften Monitorings. Zur Fortschreibung der Aktivitäten bittet sie darum, dass der Gemeinderat sich erst einmal mit dem Stellenprofil beschäftigen könne, bevor man jemand für die genannten Fragestellungen einstellt, damit dann auch jemand ausgewählt wird, der allen Anforderungen entspricht. Dem Klimaschutzbeirat müsse man deutlich mehr Gehör verschaffen. Sie nimmt Bezug auf die Stellungnahme des Klimaschutzbeirates, der die Schwachstellen der Kooperationsvereinbarung (zu wenig konkret) aufgreift. Auch die Stellungnahme des Klimaschutzbeirates wird an dieser Stelle ins Protokoll aufgenommen:

„Kurzstellungnahme für die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Neckargemünd am 8.2.2022

Tagesordnungspunkt 1: Kooperationsvereinbarung Klimaschutz

Seite 2, Rückblick:

Es muss kritisch angemerkt werden, dass Neckargemünd für die Jahre 2018-21 noch keine Daten an den RNK gemeldet hat für die Fortschreibung der CO2-Bilanz. Der Klimaschutzbeirat hat bereits wiederholt auf diesen Rückstand hingewiesen. Eine schnelle Aufarbeitung ist dringend geboten. ☒ Das integrierte Klimaschutzkonzept aus 2013 sollte nach Auffassung des Klimaschutzbeirates in 2022 fortgeschrieben werden. Ein Entwurf wurde vom Beirat erstellt und soll bei der Klausur von Gemeinderat, Verwaltung & Beirat am 12. März 22 vorgestellt werden.

Seite 2, Fortschreibung Kooperationsvereinbarung Klimaschutz:

Der Klimaschutzbeirat begrüßt die Fortschreibung, merkt aber kritisch an, dass die formulierten Ziele viel zu weich und damit nicht nachprüfbar definiert sind. Die behauptete Kongruenz mit den Pariser Klimazielen ist in diesen Formulierungen nicht in der Form gegeben, die dem Regelwerk (Rules Book) des Pariser Abkommen, verabschiedet im November 2021 in Glasgow, entsprechen würde. Damit kann nicht gewährleistet werden, dass die verfassungsrechtlich angemahnte und von Deutschland verbindlich beschlossene Treibhausgasneutralität bis 2045 erreicht werden kann. Um diese Lücke zumindest für Neckargemünd zu schließen, ist die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes, die in 2022 beginnen soll, in einer Form vorzunehmen, die regelkonform mit dem Pariser Abkommen und seinem Regelwerk ist. Dazu gehört u.a. sektorale, messbare Zwischenziele für Treibhausgasreduzierungen festzuschreiben und einen entsprechenden Überprüfungsmechanismus zu beschreiben. Beim Monitoring/Auditing kann auf die Verfahren des European Energy Award zurückgegriffen werden.

Seite 4, Aufbau Energiemanagement

Der Klimaschutzbeirat begrüßt ausdrücklich die Personalstelle Energiemanagement. Die Begehung einiger städtischer Liegenschaften im Dezember 2021 hat teilweise erhebliche Mängel beim Energiemanagement festgestellt, die dringend zu beheben sind.

Seite 6, PV-Eignungsprüfung

Die von der Kliba durchgeführte Prüfung ist in teilen nicht fachmännisch durchgeführt worden und weist erhebliche Schwachstellen auf. Der Klimaschutzbeirat hat eine Mängelliste an BM Volk überstellt und empfiehlt dringend, bei der Kliba eine Überarbeitung zu verlangen, bevor die Abschlusszahlung erfolgt.

Seite 7, Wärmeversorgung

Der Klimaschutzbeirat empfiehlt dringend, für Neckargemünd eine kommunale Wärmeplanung durchzuführen, die aufzeigt, wie das Ziel der Klimaneutralität nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Bestand erreicht werden kann

Tagesordnungspunkt 2: Beitritt European Energy Award

Der Klimaschutzbeirat begrüßt es, dass die Stadtverwaltung seiner Empfehlung gefolgt ist, dem European Energy Award beizutreten. Der EEA ist ein prozessorientiertes Qualitätsmanagementverfahren, welches die Umsetzung des noch fortzuschreibenden Klimaschutzkonzeptes unterstützt und ein regelmäßiges Monitoring der Zielerreichung erlaubt. Damit ist es möglich, Abweichungen von der Zielerreichung frühzeitig zu erkennen und zusätzliche Maßnahmen zu erreichen. Der Klimaschutzbeirat empfiehlt dringend, in dem von der Stadt einzusetzenden Energieteam, welches sich zur Steuerung des EEA mindestens zweimal jährlich treffen soll, beratend vertreten zu sein. Diese Verzahnung zwischen Beirat und Verwaltung ist erforderlich, um Synergien zwischen der Arbeit des Beirates und der Verwaltung sicher zu stellen.“

Stadtrat Schimpf rät dazu, den Klimaschutzbeirat ins Energieteam aufzunehmen. Er stimmt mit Stadtrat Rehberger überein. Man habe einen Rahmen gesetzt, innerhalb dessen etwas passieren könne; im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wolle man diesen Rahmen auch füllen. Er schlägt vor, im gleichen Umfang wie heute ggf. eine weitere gemeinsame Sitzung mit Wiesenbach nach 1 - 2 Jahren vorzusehen, wenn man erste Maßnahmen schon abgearbeitet habe.

Stadtrat Fritsch trägt vor, Klima- und Naturschutz sei nur durch gemeinsames Engagement zu schaffen. Er dankt dem Klimaschutzbeirat für seine Unterstützung. In der jetzigen Zeit sei es sehr wichtig, dass das Land die Kommunen, die nur knappe Mittel haben, unterstützt.

Gemeinderat Bühler erläutert, die Fraktion der Grünen in Wiesenbach sei diesbezüglich nicht einig mit den Neckargemünder Grünen. Man solle der Kooperation zustimmen, auch wenn die geäußerte Kritik, dass die Ziele teils zu unkonkret sind, durchaus berechtigt sei. Auch die Frage, dass Neckargemünd und Wiesenbach gemeinsame Schritte im Klimaschutz gehen wollen, spielen eine Rolle – wenn alle zustimmen, sei das ein gutes Zeichen für diese Einigkeit der Gemeinden. Auch in Wiesenbach wolle man mehr erreichen, als in der Kooperationsvereinbarung als Rahmen vorgegeben sei. Eine Ablehnung hält er daher für wenig konstruktiv.

Gemeinderat Buck pflichtet seitens der SPD Wiesenbach dem Vorredner bei. Man solle die Vereinbarung nicht ablehnen, sondern lokal dann eher mehr machen.

Stadtrat Katzenstein wiederholt, er halte die Kooperation für nicht ausreichend. Man wolle sich – hier findet er ein Bild - nicht in ein Auto setzen, das mit gezogener Handbremse langsam schleiche, sondern lieber in den ICE, der klimafreundlich voranbraust.

Auch Bürgermeister Volk betont, dass der vom Kreis vorgeschlagene Mindestkompromiss nicht ausreicht, sondern dass man darüber hinausgehen wolle. Man sei in großen Teilen auch deutlich weiter als die in der Kooperation formulierten Ziele – und auch damit sei man noch nicht weit genug.

Bürgermeister Grabenbauer spricht sich ähnlich aus. Im Kreistag hätten viele Räte auch mehr gefordert, aber man habe eben nur den kleinsten gemeinsamen Nenner formuliert. Dennoch hätten viele andere Gemeinden, die ebenfalls höhere Ambitionen haben, zugestimmt, um gemeinsam Stärke zu zeigen, auch dem Land gegenüber. Es wäre schade, wenn Neckargemünd die eine Gemeinde wäre, die nicht zustimmen würde.

Stadträtin von Reumont fragt, wie man die Chancen einschätze, den Anspruch höher zu hängen als die Kooperationsvereinbarung. Der Bürgermeister antwortet, diese Chancen betrügen 100 %. Bereits im März wolle man sich zu einer Klausursitzung mit dem Klimaschutzbeirat zusammensetzen. Die Vereinbarung könne nicht der Fahrplan und die Basis für die nächsten Jahre sein.

Stadträtin von Reumont schlägt vor, heute einen Rahmen zu setzen, und die Konkretisierungen separat vorzunehmen.

Stadträtin Groesser fragt sich, was man aus der Kooperationsvereinbarung für Neckargemünd mitnehmen könne. Die Ziele könnten es eigentlich nicht sein. Die Imagekampagnen seien bisher nicht sehr erfolgreich. Evtl. die Öffentlichkeitsarbeit, oder die Netzwerktreffen? Was habe man außer einem Rahmen noch an Mehrwert - was bringe es Neckargemünd oder Wiesenbach, wenn beide Gemeinden sich doch höhere Ansprüche setzen und alles viel besser machen wollen?

Bürgermeister Volk betont, man sei an einem Punkt, wo man im RNK ein Zeichen setzen wolle, in das Land hinein. Alles, was man hier beschließe, seien Rahmenbedingungen. Auch die Festlegung von Zielen. Man solle den Weg weiter beschreiten. Vereinbarungen generell zu messen sei schwierig. Sie seien zum Teil auch Symbolpolitik. Gerade der Rhein-Neckar-Kreis, der besonders groß und einwohnerstark sei, spiele hier eine Rolle.

Bürgermeister Grabenbauer erwähnt die weitere Beratung durch die Kliba und die Begleitung der Kommunen auf den Weg zur klimaneutralen Verwaltung.

Stadtrat Hertel versteht die Diskussion an dieser Stelle nicht. Die Thematik werde auch in der Landespolitik debattiert - ein Unverständnis der Kommunen, die schon weiter sind, gegenüber denen, die noch nicht so weit sind. Er sieht keinen Sinn darin, nicht beizustimmen. Man könnte ganz einfach mehr machen. Es sei kein Wettrennen, wer Sieger ist, sondern dass es auch in kleinem Rahmen überall weitergeht.

Herr Dr. Gilbert und Herr Hirsch, beide Mitglieder des Klimaschutzbeirates, melden sich zu Wort. Herr Dr. Gilbert nimmt Stellung zu der Kritik, dass der Klimaschutzbeirat nicht an der Vorbereitung der heutigen Sitzung beteiligt war. Er sehe das nicht so problematisch - man gehe dann einfach auf die Verwaltung zu und hole sich die Informationen, und nehme sich die Freiheit, dann einfach Stellung zu nehmen. Die großen Klimaziele betreffen alle global, und würden lokal sozusagen in Landschaften heruntergebrochen. Der eea sei der Wanderweg, der durch die Landschaft führt. Bei all diesen Managementsystemen setze man eigene Ziele, auch wenn die landesweiten Ziele wachstreu sind.

Herr Hirsch erläutert, als Klimaschutzbeirat begrüße man die Kooperationsvereinbarung. Allerdings sehe man, dass die heute vorgelegten formulierten Ziele unzureichend und unkorrekt seien. Auf kommunaler Ebene freue er sich, in der heutigen Sitzung gehört zu haben, dass alle mehr machen wollen und dass es eine Klausurtaugung geben werde. Er würde begrüßen, wenn unmittelbar danach die Empfehlungen, die in dieser Sondersitzung abgestimmt werden, zu einer folgenden Gemeinderatsitzung vorgelegt werden. Das „mehr und besser tun“ werde aber schwieriger – keine Gemeinde könne weniger tun, als die BRD sich zu tun verpflichtete habe. Es gebe eine immense Anforderung, das müsse im Zentrum der Beratungen stehen. Der Klimaschutzbeirat plädiere dafür, im Rahmen der Klausur regelkonforme Ziele zu setzen, sowie ein Klimaschutzkonzept aufzustellen, das den Weg zur Zielerfüllung aufzeigt, und den eea zur Überprüfung einzusetzen. Ohne Zweifel gebe es einige Handlungsfelder, bei denen es „niedrig hängende“ Früchte gebe, die vordringlich seien, etwa die Liegenschaften energetisch zu sanieren, eine Wärmeleitplanung zu machen, obwohl eine kleine Kommune sie nicht haben müsse, und das Potenzial der Bürgerschaft auszuschöpfen, etwa PV unterstützen, sowie das Ganze strategisch anzugehen.

Herr Kolbe führt aus, die Klifa habe die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes des Kreises maßgeblich vorangetragen, und diese sei zentral für die Festschreibung der Ziele. Ihn freut, dass er der Diskussion habe entnehmen können, dass die Gemeinden mehr machen wollen. Der Kreis selbst gehe viel weiter als die Kooperationsvereinbarung. Er habe sich den Pariser Klimaschutzabkommens-Zielen verpflichtet – äußerst harte Ziele. Er appelliert an die Neckargemünder Grünen, hier die Hand zu reichen und zuzustimmen, und ein Zeichen zu setzen, auch darüber hinaus zu gehen.

Stadtrat Fritsch sagt, Klimaschutz sei für ihn kein Politikum, sondern diene dem Naturschutz.

Stadtrat Wachert stellt Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Stadtrat Bergsträsser beantragt namentliche Abstimmung. Die anschließende Abstimmung ergibt:

Zu Teil 1, Abschluss der Kooperationsvereinbarung: es stimmen alle anwesenden Ratsmitglieder, mit Ausnahme der Grünen, zu. Stadträtin Weber enthält sich. Alle anderen anwesenden Mitglieder der Grünen-Fraktion stimmen gegen den Abschluss.
Zu Teil 2, Unterstützende Erklärung: Die Abstimmung ergibt Einstimmigkeit.

1.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat stimmt mehrheitlich dem Abschluss der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Neckargemünd gemäß Anlage zu. Dafür stimmen:

FW: Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert

CDU: Stadträtinnen Weichert, Oppelt und von Reumont, Stadträte Schendzielorz und Wagner

SPD: Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel und Schimpf

Linke (ohne Fraktionszugehörigkeit): Stadtrat La Licata

Ohne Fraktionszugehörigkeit: Stadtrat Fritsch

Dagegen stimmen: Grüne: Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchtermann, Stadträte Katzenstein und Konrad.

Enthaltung: Grüne: Stadträtin Weber.

2. Der gemeinsamen Unterzeichnung der unterstützenden Erklärung zum Klimaschutzpakt des Landes Baden-Württemberg wird einstimmig mit den Stimmen aller Anwesenden zugestimmt.

BM Grabenbauer ruft TOP 2 auf. BM Volk ebenso.

2: **Teilnahme am European Energy Award**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Kolbe stellt den eea anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Anhand der Grafiken verdeutlicht er die absolute Notwendigkeit, jetzt tätig zu werden, und den Nutzen und Ablauf des eea-Monitorings.

2.2: **Beratung:**

Bürgermeister Volk fragt, wieviele Kreisgemeinden schon den eea eingeführt haben. Herr Kolbe antwortet: 5.

Stadträtin Groesser führt aus, die Grünen begrüßen die Teilnahme. Wer bediene dann fortlaufend das Tool?

Herr Kolbe antwortet, sowohl das Energieteam (für die laufende Bedienung) als auch Herr Kolbe von der KliBA (in beratender Funktion). Im Wesentlichen sei die laufende Pflege eine Aufgabe vom Klimaschutz- und Energiemanagement.

Der Bürgermeister betont, für die Verwaltung stecke viel Arbeit darin, die zusätzlich geleistet werden müsse, aber notwendig sei.

Stadtrat Rehberger trägt vor, man erhoffe sich valide Zahlen für die städtischen Gebäude und im Zusammenarbeit mit den städtischen Mitarbeitern, dass entsprechend

Vorschläge an den Gemeinderat unterbreitet werden, um die gesteckten Ziele zu erfüllen. Die FW stimmen zu 100 % zu.

Stadträtin von Reumont interessiert der Aufbau des Qualitätsmanagementsystems insbesondere. Wer setze die einzelnen Schwerpunkte (Entwicklungsplanung usw.), und wer führe die Daten zusammen?

Herr Kolbe erklärt, die Verantwortlichkeit für die Datensammlung liege beim Energieteam in der Verwaltung, da die Daten in der Verwaltung vorliegen. Auch die Kommunikation, die die Ziele und Maßnahmen nach außen trägt, laufe über die Verwaltung.

Zusätzlich fragt sie nach dem internen Auditor. Herr Kolbe erläutert, diese Funktion übernehme er. Ein solches Audit koste ca. 1.500 Euro; intern alle 2 Jahre, extern alle 4.

Stadträtin von Reumont fasst zusammen, sie könne dem eea bestens zustimmen. Die hohe Verantwortung könnte ein adäquates Mittel zur Zielerreichung sein.

Stadtrat Schimpf möchte die Präsentation dem Gemeinderat zugeleitet wissen. Dies wird von der Verwaltung zugesagt. Er sieht, dass eine sehr große Aufgabe auf die Verwaltung zukommt.

Stadtrat Katzenstein betont, der Handlungsdruck bestehe schon seit sehr vielen Jahren, nicht erst seit der „Fridays for future“-Bewegung. Bereits vor 9 Jahren hätte die KliBA vieles davon erwähnt, was jetzt erneut zur Sprache käme. Die Stadt sei oft hintendran und hänge den Beschlüssen hinterher. So gut, wie geschildert, sei der Stand in der Stadt nicht.

Stadtrat Fritsch spricht die Themen Ver- und Entsorgung an. Er fragt, ob die KliBA diesbezüglich Hinweise geben könne. Habe die KliBA als Träger öffentlicher Belange Einfluss? Herr Kolbe antwortet, die KliBA berate diesbezüglich.

Zusätzlich fragt Stadtrat Fritsch nach den Themen Entwicklung und Raumordnung. Herr Kolbe erläutert, was beim eea hinter diesen Stichworten steckt.

Stadtrat Fritsch kündigt seine Zustimmung an. Es werde schwierig werden, zu erreichen, dass alle mitmachen.

Herr Kolbe stellt fest, die heutige Diskussion im Gemeinderat stimme mutig und sei vielversprechend für die Zukunft – ganz anders als noch vor 10 Jahren. Es sei deutlich spürbar, dass man es ernst meine.

Herr Dr. Gilbert sagt, die Datenzusammentragung sei zwar arbeitsaufwändig, die Daten seien in der tagtäglichen Arbeit der Stadtverwaltung aber vorhanden. Die Spielregeln des eea müssen eingehalten werden, daraus entstehen die Ziele. Aus den täglichen Prozessen werden die Daten entnommen und ins Management-Tool eingefügt. Es sei also nichts absolut Neues. Zwar ein neues Spiel, aber die Arbeit würde sich einspielen. Mit dem Einhalten der Spielregeln werde es Erfolge geben.

Bürgermeister Grabenbauer spricht die in der Grafik gezeigte CO₂-Minderung an. Es werde die Aufgabe sein, die Hausbesitzer und Industrie aufzufordern, mitzuwirken. Allein die Verwaltung könne die Ziele nicht schaffen. Er möchte wissen: Ersetze der

eea das Klimaschutzkonzept mitsamt seinem Maßnahmenkatalog – sowohl beim eea als auch beim Klimaschutzkonzept sei doch ein Controlling vorgegeben. Könnten Kommunen streng genommen auf das Klimaschutzkonzept verzichten und nur eea machen?

Lt Herrn Kolbe ist das nicht möglich. Das Konzept setze den breiten Rahmen an Zielen. Der eea sei dafür da, die konkreten Ziele und Handlungen abzufragen und die Bewertung je nach Schärfe zu vergeben. Die Ist-Datensammlung im eea könnte man als Ausgangspunkt nehmen, um daraus ein Konzept zu entwickeln, welche Ziele man anstrebe.

BM Grabenbauer fragt weiter, ob jede Kommune selbst am eea teilnehmen müsse oder ob man das im GVV machen könne.

Herr Kolbe antwortet, einige wenige Pilotprojekte gebe es, bei denen die Zertifizierung über GVV's laufe. In der Regel sei es aber sinnvoll, wenn jede Gemeinde das einzeln macht, es sei denn, die Kommunen seien alle sehr klein, nicht mehr als ca. 5.000 Einwohner. Die Themen in Neckargemünd und Wiesenbach seien zwar sehr unterschiedlich, aber der Austausch könnte dennoch sinnvoll sein. Es gebe z.B. auch ein jährliches Treffen aller Kommunen, die am eea teilnehmen. Es könne also sinnvoll sein, sich miteinander auszutauschen.

Bürgermeister Volk sagt zu, man sei gerne bereit, gemeinsame Themen mit Wiesenbach auf dem kleinen Weg miteinander abzusprechen, und der Klimaschutzbeirat sei gewiss auch bereit, dort Unterstützung zu leisten, wenn er gefragt werde. Das gelte gewiss umgekehrt auch, man wolle eng zusammenarbeiten. Klimaschutz höre an der Gemeindegrenze nicht auf.

2.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt, am European Energy Award teilzunehmen.
2. Stadtverwaltung und Gemeinderat streben mittelfristig eine Zertifizierung und Auszeichnung mit dem European Energy Award an und richten Projekte und Beschlüsse nach diesem Ziel aus.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein fachübergreifendes Energieteam einzurichten, welches sich mindestens zweimal jährlich trifft und jährlich dem Gemeinderat berichtet.
4. Langfristig wird der Titel European Energy Award Gold angestrebt.
5. Die Verwaltung wird ermächtigt, die notwendigen Schritte zur Teilnahme am European Energy Award durchzuführen.
6. Der Gemeinderat stellt die notwendigen Finanzmittel in den jeweiligen Haushaltsjahren bereit.

Sämtliche Beschlüsse werden einstimmig gefasst.

3: **Mitteilungen und Anfragen**

Der TOP wird nicht mehr aufgerufen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Weber

Die Schriftführerin

Stadtrat Hertel